SPÖ fordert Stärkung des Parlaments

2022-08-15 10:05

Die SPÖ nimmt das Downgrade Österreichs in einem globalen Demokratieranking zum Anlass, ein Transparenz- und Demokratiepaket zu fordern. Nach der Abstufung durch das „Varieties of Democracy“-Institut der Universität Göteborg im April von einer „liberalen“ zu einer „Wahldemokratie“, braucht es nach Ansicht der SPÖ ein Maßnahmenpaket, „das den Bürgern eine aktivere Politikteilnahme ermöglicht und den Parlamentarismus stärkt“, so die SPÖ jetzt.

Der erste Block des Pakets befasst sich mit Maßnahmen zur Steigerung der Transparenz bei Posten- und Auftragsvergaben. So müsse „der Entwurf zur Abschaffung der Amtsverschwiegenheit und Einführung der Informationsfreiheit noch heuer im Nationalrat beschlossen werden“, so die SPÖ in einer Aussendung.

„Höhere Priorität für Volksbegehren“

Das Interpellationsrecht der Abgeordneten sei zudem auf ausgegliederte Unternehmen wie die zuletzt in die Kritik geratene CoV-Hilfsagentur COFAG auszuweiten. Das Interpellations- oder Fragerecht ermöglicht es beiden Parlamentskammern, die Geschäftsführung der Bundesregierung zu überprüfen. Betroffen sind davon auch Unternehmen im Mehrheitseigentum des Bundes. Künftig soll diese Hürde auf 25 Prozent verringert werden.

Zur Stärkung des Parlaments fordert die SPÖ eine höhere Priorität für Volksbegehren und öffentliche Enqueten im Nationalrat. Bei Enqueten werden Sachverständige und Experten angehört, um Abgeordnete über ihr Fachgebiet umfassend zu informieren. Öffentliche Ausschusssitzungen sollten weiters im Livestream übertragen werden, ebenso wie die Anhörung von öffentlich relevanten Auskunftspersonen im Untersuchungsausschuss.

„Für mehr Vertrauen in die Politik“

Um die politische Debatte unter den Bürgern zu beleben, habe bei der Behandlung wichtiger Gesetzesentwürfe eine öffentliche Anhörung von Experten und Expertinnen stattzufinden. Möglichkeiten der Mitwirkung an offenen Begutachtungsverfahren seien der Öffentlichkeit zu diesem Zweck aktiv näherzubringen.

Da es für die geforderten Maßnahmen teilweise infrastruktureller Anpassungen in den Sitzungsräumen bedürfe, müsse „es rasch gehen, damit spätestens beim Umzug in das sanierte Parlamentsgebäude die technischen Voraussetzungen geschaffen sind“, betonte die SPÖ in der Aussendung. „Mehr Möglichkeiten der Teilnahme, mehr Transparenz und die Stärkung des Parlaments“ seien „notwendig für mehr Vertrauen der Bevölkerung in die Politik“, wurde SPÖ-Verfassungssprecher Jörg Leichtfried abschließend zitiert.